

blick der Wende gekommen, vom „Leeren und Negativen“ hin zum wahrhaft „Menschlichen und Positiven“. Das hinter dieser Wende aufscheinende Bild des Gekreuzigten sollte die Jugend nicht schrecken, da hinter dem Kreuz die erlösende und todüberwindende Liebe stehe.

Das Stichwort „Erlösung“ griff der Papst im Blick auf Ostern wieder in seiner Mittwochaudienz auf (vgl. *Osservatore Romano*, 30. 3. 72). In ihr entwickelte der Papst die Erlösungslehre der Kirche. Die Erlösung war, so führte er aus, der „unmittelbare Grund des Kommens Christi in die Welt“. Erlösung setze jedoch einen Zustand des Unheils der Menschheit, die Sünde, voraus, die eine lange und verwickelte Geschichte habe. Hier rekapitulierte der Papst in wenigen Sätzen die traditionelle Erbsündenlehre. Der damit umschriebene Zustand setze aber das „Bedürfnis nach Sühne und Wiedergutmachung“ voraus, die unsere menschlichen Kräfte übersteige. Zu dieser Sühne und Wiedergutmachung für die ganze Menschheit sei Christus gemäß dem Heilsplan des göttlichen Erbarmens als „Opferpriester und Opfergabe“ in einem in die Welt gekommen. Der Papst betonte dann die gesamt-menschheitliche „Solidarität“ des Ostergeheimnisses in der „Umkehrbarkeit“ von Schuld und Verdienst und schloß mit einem Wort *D. Bonhoeffers*, wonach Jesus der „Mensch für die andern“ ist.

Solidarisch mit den Leidenden

Diesen Gedanken der Solidarität wandte der Papst in seiner kurzen Ansprache nach dem traditionellen Kreuzweg am Karfreitag auf dem Palatin in dem Sinne auch auf das Leiden und Kreuz an, als er Jesus als den „Mann der Schmerzen“ darstellte, der sich mit den Kranken, Armen, Ausgestoßenen, Einsamen und Verzweifelten identifiziert habe. Dadurch habe er uns ein durchschlagendes Motiv gegeben, diesen zu helfen. Daß die Menschen dies auch täten, könne er nur hoffen. Niemand hat aber mehr ihrem „Schmerz, ihrer Not und ihrem Elend die Stimme der Gerechtigkeit geliehen als Jesus“. Und die ganze moderne Soziologie mit ihrem Bestreben nach Befreiung der Unterdrückten und nach Gleichheit müsse, wenn auch vielleicht unbewußt, zu der Forderung nach einem Recht gelangen, das über das

bürgerliche Recht hinausgeht und von Christus begründet ist: zu dem der Brüderlichkeit in Liebe und Frieden. Die große Botschaft des Gekreuzigten aber sah der Papst darin, daß der „Schmerz nun nicht mehr sinnlos ist“. Christus habe ihn zum Unterpfeiler der Auferstehung und des Lebens gemacht.

Diese in Christus begründete „Solidarität“ und Mitmenschlichkeit hat ihr wirksames Zeichen in der Eucharistie. Dieser Gedanke wurde vom Papst in seiner Gründonnerstagsansprache (vgl. *Osservatore Romano*, 1. 4. 72) in doppelter Richtung vertieft, indem er die Eucharistie als das Mysterium vorstellte, das in die Gemeinschaft mit Christus und dadurch in die seines Leibes, der Kirche, einführt. Dabei deutete er verschiedene Grade dieser Gemeinschaft an: die durch die gläubige Annahme seines Wortes, durch die Taufe, durch die Nachahmung seines Lebens und durch die Eucharistie selbst grundgelegte bzw. vertiefte Gemeinschaft. Diese Gemeinschaft mit Christus begründe aber zugleich die Gemeinschaft in und mit der Kirche. Damit werde die Eucharistie zum Prinzip der kirchlichen Einheit und enthalte den Imperativ zum aktiven Engagement im Dienst der die Menschen einenden Liebe. Die Fußwaschung der Gründonnerstagsliturgie zeige darüber hinaus, daß Eucharistie und Demut ebenso zusammengehören wie Eucharistie und Nächstenliebe.

Den Gruß des Auferstandenen „Friede sei mit euch!“ nahm der Papst so zum Anlaß seines an die ganze Welt gerichteten Friedensappells am Ostersonntag (vgl. *Osservatore Romano*, 4./5. 4. 72). Während der Papst die kirchlichen Adressaten hierarchisch geordnet von den Patriarchen bis zu den „vielgeliebten

Verschärfter Kirchenkampf in der CSSR

Die Lage der Kirche in der Tschechoslowakei scheint sich wieder weiter zuzuspitzen: Zahlreiche Diözesen sind weiter vakant oder werden von staatlich genehmen Kapitelsvikaren verwaltet, die neugegründete Friedenspriesterbewegung hat neue Unsicherheit in die Reihen des Klerus

Laien“ nur kurz ansprach, verweilte er länger bei den „Kranken, Armen, Unterdrückten, Eingekerkerten, Waisen und Witwen...“ Man spürte sein Unbehagen, ihnen nicht mehr als „Worte“ und nicht zugleich auch wirksame Hilfe bieten zu können. Das Wort „getrennt“ meidend, wandte er sich auch an die „christlichen Brüder, mit denen uns noch nicht eine vollkommene Gemeinschaft verbindet“, die zwar noch „fern“, uns aber in der „Liebe nah“ sind, und erbat die Hilfe des Auferstandenen für die noch ausstehende Einheit. Auffallend deutlich sprach der Papst die „Kirchen des Schweigens“ an. „Warum existieren oder besser vegetieren noch immer in so vielen und weiten Regionen der Welt diese bescheidenen und unerschrockenen Gemeinschaften oder Gruppen von Gläubigen, denen eine legitime und keineswegs staatsfeindliche Existenz verwehrt wird, um ihr religiöses und kirchliches Leben frei zu gestalten und auszuüben?“ Der Papst versicherte sie „unserer Solidarität im Glauben und in der Liebe“.

Sinn für das Neue

Auf die Auferstehung selbst ging der Papst in seiner Homilie während des Gottesdienstes in der Pfarrei Gesù Divin Maestro am Ostersonntag ein, indem er den Sinn der modernen Welt für das Neue mit der neuen Wirklichkeit der Auferstehung in Zusammenhang brachte (vgl. *Osservatore Romano*, 4./5. 4. 72). „Gerade weil wir Christen sind... müssen wir den Sinn für das Neue haben“, sagte der Papst; freilich sollten die Christen das Neue nur in seinen „guten und positiven Aspekten“ annehmen. Die Güter des Fortschritts müßten mit „Maß“, mit „Freiheit“ und mit der „Überlegenheit“ von Christen angenommen werden.

gebracht und den staatlichen Einfluß an kirchlichen Schaltstellen verstärkt, und mehr als einmal kam es zu direkten Behinderungen der Seelsorge.

Nach dem Tode des 86jährigen Bischofs von Brünn, *K. Skoupý*, Ende Februar dieses Jahres vereidigte der

tschechische Kultusminister *M. Bružek* Mitte März den neuen Kapitelsvikar der Diözese, *L. Horkey*, schon bisher Mitglied des Domkapitels in Brünn. Die Anwesenheit des Sekretärs der Friedensbewegung, *F. Hochmann*, bei diesem Akt machte deren kirchenpolitische Stellung deutlich.

Damit werden die zwei mährischen Diözesen Olmütz und Brünn nun von Kapitelsvikaren geleitet. Der Vatikan hatte seinerzeit die „Wahl“ von *J. Vrána* zum Kapitelsvikar von Olmütz lediglich „zur Kenntnis genommen“. Besser, wenn auch keineswegs befriedigend ist die Situation in Böhmen, wo in Budweis und Leitmeritz noch die beiden einzigen Diözesanbischöfe *J. Hlouch* (70) und *S. Trochta* (67) residieren. Die Metropole Prag wird von *F. Tomašek* als Apostolischem Administrator verwaltet. Der Apostolische Administrator von Königgrätz dagegen, *K. Otčenášek*, ist amtsbehindert und wurde als Seelsorger in ein kleines Dorf „abgeschoben“. Ebenso ist der Weihbischof von Prag, *K. Matousek*, in der Prager Pfarrei St. Adalbert tätig.

Von den slowakischen Diözesen Nitra, Spiš, Banská Bystrica, Košice und Rožňava wird nur die letzte von dem Apostolischen Administrator *R. Pobožný* verwaltet. Aufgrund seiner äußerst schlechten Gesundheit kann er jedoch seine Amtsfunktionen praktisch nicht ausüben. Die griechisch-katholische Diözese Prešov wird anstelle des ebenfalls kranken *V. Hopko* nach Ausweis des *Annuario Pontificio* von einem „provisorischen Ordinarius“, dem Geistlichen *J. Hirko*, „betreut“. In Spiš übt der Geistliche *J. Ligos* die gleiche Funktion aus.

Vakante Bischofsstühle und Friedenspriester

Es ist nur zu verständlich, daß dem Vatikan sehr viel daran liegt, die vakanten Bischofsstühle mit vertretbaren Persönlichkeiten zu besetzen. Die mit diesem Ziel schon seit längerem geführten Verhandlungen mit Prag waren jedoch im März 1971 an der harten Haltung der Prager Unterhändler *K. Hruza* und *J. Homula* gescheitert. Pressemeldungen von einer Wiederaufnahme der Gespräche im Februar dieses Jahres in Rom wurden bisher nicht bestätigt. Tatsächlich weilte der Olmützer Kapitelsvikar *J. Vrána* zu dieser Zeit

in Rom, nach eigenen Angaben jedoch nur, um sich um die Seligsprechung des früheren Bischofs von Olmütz, *A. C. Stojan* (†1923), zu bemühen. Sicher ist, daß es bisher noch zu keiner Einigung in dieser Frage gekommen ist. Prag scheint offenbar auf eine „natürliche“ Regelung durch den Faktor Zeit zu setzen und darauf abzu zielen, die Diözesen durch „formell“ gewählte, dem Kirchenamt genehme Kapitelsvikare leiten zu lassen. Eine solche Taktik schwächt natürlich die Verhandlungsposition des Vatikans.

Daß in einer solchen Situation die im Spätsommer 1971 neugegründete Friedenspriesterbewegung (vgl. HK, Oktober 1971, 501) zwangsläufig stärkeres Gewicht erhält, zeigt bereits die Tatsache, daß *Vrána* zugleich Vorsitzender der tschechischen Sektion dieser Organisation ist, die sich nun offiziell „Vereinigung katholischer Geistlicher der ČSSR — *Pacem in terris*“ nennt. An der Spitze des slowakischen Zweiges steht der slowakische Theologieprofessor *N. Višnovský* (Preßburg). Beide Männer haben den Vorteil, daß sie sich früher nicht kompromittiert haben und dennoch *personae gratae* des Kirchensekretariats sind. In beiden Vorständen der Friedenspriesterbewegung befinden sich aber noch von früher „loyale“ Persönlichkeiten.

Im November 1971 wurden die beiden Landesvereinigungen in der zentralen Führung, der „Föderativen Vereinigung katholischer Geistlicher der ČSSR“, zusammengeschlossen. Die Leitung der Zentrale übernahm *W. Medek*, bisher Pfarradministrator einer Gemeinde am Stadtrand von Olmütz und seit Herbst 1968 Dozent für Kirchengeschichte an der Olmützer Filiale der Theologischen Fakultät von Leitmeritz. Zweiter Vorsitzender wurde der bereits erwähnte slowakische Theologieprofessor *Višnovský*. *Medek* ist inzwischen nach Prag übersiedelt. Er tritt zwar für eine sozialistische Gesellschaftsordnung ein, lehnt aber die Männer der früheren Friedenspriesterbewegung ab. Ihm wie *J. Vrána* müssen guter Wille und kirchliche Gesinnung bescheinigt werden. Beide hoffen, einen mäßigen Einfluß ausüben zu können.

Die Aktivitäten, die zur Neubelebung führten, sind nur in groben Umrissen bekannt. 1970 kam es mit Hilfe des Kirchensekretariats und

einzelner Kirchensekretäre unter Beteiligung von *K. Hruza* zur Einsetzung eines Vorbereitungsausschusses. Diesem gelang es nach anfänglichen Mißerfolgen und Rückschlägen (vgl. HK, März 1971, 114) mit finanzieller staatlicher Unterstützung schließlich dennoch, eine genügende Anzahl von Klerikern für die Neugründung zu gewinnen. Man weiß, daß die Wiederbelebung ganz in den Absichten des Kirchensekretariats lag, es aber im ZK der KPC Widerstände gegeben hat.

Neugründung mit alten Zielen

Die Ziele der Friedenspriesterbewegung blieben im Grunde die gleichen wie früher: Aufbau einer sozialistischen Gesellschaftsordnung „zusammen mit dem Volk“, Unterstützung der Politik der Nationalen Front, Zusammenarbeit mit allen Friedenskräften des sozialistischen Lagers, Bemühen um gutes Einvernehmen zwischen Kirche und Staat sowie um „neue Formen religiösen Lebens und Wirkens“. Geändert hat sich jedoch ihre *Organisationsform*. War die Bewegung früher nach Diözesen und Dekanaten strukturiert, so ist sie jetzt verwaltungspolitisch nach Kreisen und Bezirken gegliedert, offensichtlich um sie von den Bischöfen möglichst unabhängig zu machen. Auch die Trennung in einen selbständigen tschechischen und slowakischen Zweig ist der neuen föderativen Staatsstruktur angeglichen. Die Einstellung des *Klerus* der neugegründeten Bewegung gegenüber ist geteilt. Diejenigen, welche mitarbeiten, glauben, sich dadurch einen zumindest begrenzten Spielraum für die Seelsorge erkaufen und einen politischen Mißbrauch einigermaßen begrenzen zu können. Ihnen stehen die kompromißlosen Gegner der Bewegung gegenüber. Beide Gruppen wollen sich aber von den Bischöfen weder trennen noch trennen lassen.

Die *Bischöfe* haben in ihrer bisher einzigen Erklärung vom 29. Dezember 1970 zu der damals geplanten, dann aber abgesagten Neugründung die Mitgliedschaft als „staatsbürgerliche“ Angelegenheit erklärt, in die einzugreifen nicht ihre Aufgabe sei. Unmißverständlich hieß es jedoch, sie erwarten, daß die Priester sich jederzeit als Priester ihrer Kirche betätigen. Sie würden außerdem den neuen Verband nach seinem Beitrag

zur Normalisierung der Beziehungen zwischen Kirche und Staat beurteilen.

Wenn auch viele beigetretene Priester in ihrer Mitarbeit das *kleinere Übel* sehen mögen, so ist dennoch mit der Aktivität der Bewegung eine dreifache Gefahr gegeben: 1. könnte sie dazu beitragen, den Klerus zu spalten, die Bischöfe zu isolieren und den Einfluß der Partei in der kirchlichen Führung zu erleichtern, 2. wird durch die neue Bewegung die Einschleusung von Aktivisten in die höheren kirchlichen Positionen vermutlich um einiges selbstverständlicher, 3. wird die Partei sehr nachdrücklich bestrebt sein, vakante Bischofssitze aus den Reihen der Friedenspriester zu besetzen.

Behinderung der Seelsorge

Trotz des politischen Erfolges, den die staatliche Führung mit der Neugründung der Friedenspriesterbewegung für sich buchen kann, wurde der administrative Druck auf das kirchliche Leben in den letzten Monaten noch verschärft. So wurde seit Herbst 1971 die *Anmeldung zum Religionsunterricht* in den Schulen durch kaum verhüllte Drohungen der Direktoren an die Adresse der Eltern erheblich erschwert. Die Lehrer an den Schulen sind durch neu erlassene Richtlinien des ZK auf die erzieherischen Grundsätze der KPČ verpflichtet worden. Als Folge davon gingen die Anmeldungen für das laufende Schuljahr zum Teil bis über 80% zurück.

Für die beiden *Priesterseminare in Leitmeritz und in Preßburg wurde erneut der Numerus clausus* eingeführt, so daß in Leitmeritz von 67 Kandidaten, die sich rechtzeitig im Frühjahr 1971 zum Eintritt gemeldet hatten, nur 34 und in Preßburg von 120 ganze zwölf aufgenommen wurden. Ein allgemeines Aufnahmeverbot besteht für alle, die bereits einen Beruf erlernt haben. Damit wird den Spätberufenen der Weg zum Priestertum verschlossen. So waren z. B. noch im Sommer 1968 von 21 Weiekanidaten in Leitmeritz vier über 30 und sechs über 40 Jahre alt. Und in Preßburg hatten im Sommer 1971 von 36 Weiekanidaten zehn das vierzigste und sechs weitere das dreißigste Lebensjahr überschritten. Das bedeutet eine gründliche Verschlechterung der ohnehin schon bedrücken-

den Situation: In den böhmischen Diözesen sind nach dem Stand von 1970 gut die Hälfte der Pfarreien unbesetzt.

Darüber hinaus werden *Neueinstellungen von Seelsorgern* nur dann genehmigt, wenn ein anderer, obwohl noch arbeitsfähig und arbeitswillig, um seine Versetzung in den Ruhestand nachsucht. So ließ z. B. der zuständige Kirchensekretär das Gesuch um Erteilung der staatlichen Erlaubnis zur Erstanstellung der Neupriester des Weihejahrgangs 1971 ein halbes Jahr lang unbeantwortet und machte den Rücktritt anderer Seelsorger zur Vorbedingung der Erlaubnis.

Die Ziele der Partei

Neu ist die *Einschaltung kirchlicher Persönlichkeiten und Institutionen in die Wahlkampagne* Ende vergangenen Jahres. Anlässlich der Neuwahlen zur Volkskammer, zur Nationalkammer, zum tschechischen und slowakischen Nationalrat und den nationalen Komitees auf Kreis-, Bezirks- und Regionalebene erließen die Bischöfe und Kapitelsvikare einen gemeinsamen Hirtenbrief, die Friedenspriesterbewegung einen Wahlaufauf. In die „Wahlvorbereitung“ wurden aber auch die Caritas und

Ordensfrauen durch Aufrufe und Hinweise in Presse, Funk und Fernsehen „eingeschaltet“. Daß solche Aufrufe z. T. propagandistisch mißbraucht wurden, konnte kaum ausbleiben.

Trotz dieser zunehmenden Verschärfung ist es bisher nicht zu einer offenen Kirchenverfolgung wie in den 50er Jahren gekommen. Presse, Rundfunk und Fernsehen enthielten sich bisher weitgehend der Angriffe gegen Kirche und Religion, wenn auch die Preßburger „Pravda“ in jüngster Zeit die psychologisch und gesellschaftlich schädlichen Auswirkungen der Religion erneut attackiert hat. Der Kampf hat im allgemeinen „feinere“, aber deshalb nicht ungefährlichere Formen angenommen. Einerseits braucht man die Kirche innenpolitisch aus Gründen der inneren Befriedung. Man darf von ihr keine Bevölkerungsschicht, auch die gläubigen Christen, nicht ausschließen. Andererseits fürchtet man den Einfluß der Kirche und ihren nicht zu unterschätzenden Rückhalt im Volk, der während des Prager Frühlings offenkundig geworden ist. Man will ihn daher schwächen oder ausschalten. Man meidet die offene Konfrontation, aber beschneidet ihre Selbständigkeit durch minutiöse Reglementierung und hungert sie geistig und politisch aus.

Reformkurs im spanischen Episkopat

Seit der 16. Plenarsitzung der spanischen Bischofskonferenz, die in der zweiten Märzwoche in Pinar de Charnartin bei Madrid stattfand, sieht man in der spanischen Kirche wieder etwas klarer. Schon die Vorgeschichte dieser Sitzung hatte auf ihren Stellenwert innerhalb der spanischen Innenpolitik hingedeutet. Mittelpunkt des Interesses und der allgemeinen Verwirrung in der spanischen Öffentlichkeit war in den Tagen vor Beginn der Sitzung ein sog. „offizielles Dokument“ der römischen Kleruskongregation gewesen, in dem die Beschlüsse der spanischen Klerusversammlung (Asamblea Conjunta) (vgl. HK, Dezember 1971, 562f.) verurteilt wurden. Durch dieses Dokument sollten die Bischöfe, auf deren Tagungsordnung die Formulierung einer Stellungnahme zu den Ergebnissen der Klerusversammlung stand, offensichtlich verunsichert und ge-

bremst werden. Kardinal V. Enrique y Tarancón, der Erzbischof von Madrid und seit dem Tode von Erzbischof Morcillo interimistischer Vorsitzender der Bischofskonferenz, konnte nach einem Gespräch mit Papst Paul VI. und Kardinalstaatssekretär Villot, der eine beschwichtigende offizielle Stellungnahme zu dem „Dokument“ abgab, noch vor Beginn der Sitzung Klarheit in dieser Situation schaffen (vgl. HK, April 1972, 204). Das dubiose Dokument, dessen theologischer Gehalt mittlerweile von spanischen Theologieprofessoren stark in Frage gestellt wurde, war offensichtlich unter dem Einfluß spanischer Konsultoren innerhalb der Kleruskongregation entstanden, deren Sekretär, Erzbischof P. Palazzini, selbst zu der in der spanischen Regierung dominierenden Laienbewegung Opus Dei gehört.